

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 19. März 1997

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Altmann, Elisabeth (Pommelsbrunn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	38, 52
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	51	Lüth, Heidemarie (PDS)	50
Behrendt, Wolfgang (SPD)	5, 16	Mattischeck, Heide (SPD)	43, 44
Dreßen, Peter (SPD)	11, 12	Neumann, Volker (Bramsche) (SPD)	31, 32
Duve, Freimut (SPD)	30, 45	Ostertag, Adolf (SPD)	1, 2
Erlar, Gernot (SPD)	35, 42	Dr. Schäfer, Hansjörg (SPD)	13, 37
Graf, Angelika (Rosenheim) (SPD)	29, 41	Schlee, Dietmar (CDU/CSU)	49
Grund, Manfred (CDU/CSU)	8	Schönberger, Ursula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Iwersen, Gabriele (SPD)	25, 26	Stiegler, Ludwig (SPD)	39, 40
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	27, 28	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	14, 15	Vosen, Josef (SPD)	36, 48
Laumann, Karl-Josef (CDU/CSU)	3, 4	Wallow, Hans (SPD)	33, 34
Lehn, Waltraud (SPD)	6, 7	Warnick, Klaus-Jürgen (PDS)	23, 24
Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 22	Dr. Wolf, Winfried (PDS)	17, 18

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

1. Abgeordneter
**Adolf
Ostertag**
(SPD)
Ist nach der gegenwärtigen Rechtslage die Verlegung von Gas- und Gashochdruckleitungen im Sicherheitsbereich von Bundesbahntrassen, Bundesstraßen und Bundesautobahnen zulässig, und wird die Bundesregierung, falls dies nicht der Fall ist, eine solche Möglichkeit im Rahmen der Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes einräumen?
2. Abgeordneter
**Adolf
Ostertag**
(SPD)
Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der unterschiedlichen Behandlung von Großkonzernen und Privateigentümern bei Enteignungen im Zusammenhang mit der Verlegung von Gas- und Gashochdruckleitungen, und hält sie es für zulässig, daß solche Leitungen auf Privatgrundstücken ohne vorherige gerichtliche Klärung per Einweisungsverfahren verlegt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

3. Abgeordneter
**Karl-Josef
Laumann**
(CDU/CSU)
Welche Zahlen liegen der Bundesregierung vor zur Frühpensionierung aus gesundheitlichen Gründen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Post AG in den Jahren 1995 und 1996?
4. Abgeordneter
**Karl-Josef
Laumann**
(CDU/CSU)
Welche Zahlen von Frühpensionierung aus gesundheitlichen Gründen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich der sog. Gelben Post hat es im Vergleich dazu in den Jahren 1985 bzw. 1986 gegeben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

5. Abgeordneter
**Wolfgang
Behrendt**
(SPD)
In welcher Höhe sind seit 1994 Subventionen an das private Konsortium der Magnetschwebbahn Transrapid für Forschung und Entwicklung gezahlt worden, und entspricht diese staatliche

Beihilfe den Vereinbarungen mit der Europäischen Kommission, die für den Zeitraum 1994 bis 1999 staatliche Subventionen in Höhe von 560 Mio. DM genehmigt hat?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

- | | |
|--|--|
| 6. Abgeordnete
Waltraud
Lehn
(SPD) | Wie erklärt die Bundesregierung, daß die Strahlenbelastungen bei CT-Untersuchungen in Deutschland im europäischen Vergleich sehr hoch sind, z. B. bis zum dreifachen des in Großbritannien gemessenen Wertes? |
| 7. Abgeordnete
Waltraud
Lehn
(SPD) | Welche Maßnahmen setzt die Bundesregierung ein, um im Interesse eines wirkungsvollen Patientenschutzes die Strahlenbelastung in der Röntgendiagnostik zu kontrollieren und zu reduzieren? |
| 8. Abgeordneter
Manfred
Grund
(CDU/CSU) | Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung, daß die Anpassung in den neuen Bundesländern künftig in gleicher Höhe erfolgen soll wie die Anpassung der Renten in den alten Bundesländern, was bedeutet, daß die ostdeutschen Renten auf dem jetzigen niedrigen Niveau dauerhaft festgeschrieben werden sollen, unter Berücksichtigung von Artikel 72 Abs. 2 des Grundgesetzes (Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen im Bundesgebiet) und unter Berücksichtigung von Artikel 30 Abs. 5 Satz 3 des Einigungsvertrages (Angleichung der Renten entsprechend Angleichung von Löhnen und Gehältern)? |
| 9. Abgeordnete
Elisabeth
Altmann
(Pommelsbrunn)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | In welchem Umfang wird die Bundesregierung die für das 2. Quartal 1997 vorgesehenen Mittel der Bundesanstalt für Arbeit (ca. 30,6% der Jahressumme) für die aktive und passive Arbeitsmarktpolitik angesichts der dramatisch gestiegenen Zahl der Arbeitslosen freigeben? |

10. Abgeordnete
**Elisabeth
Altmann
(Pommelsbrunn)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Erwartet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bei den vorgesehenen Haushaltsmitteln für die aktive Arbeitsmarktpolitik, insbesondere für die Durchführung der Maßnahmen, die bei den Arbeitsämtern als Kann-Leistungen eingestuft werden (Fortbildung und Umschulung/Berufliche Weiterbildung; berufliche Ausbildung bzw. berufliche Eingliederung Behinderter; Rehabilitation) starke Kürzungen bzw. Umschichtungen zugunsten der Pflichtleistungen?
11. Abgeordneter
**Peter
Dreßen**
(SPD)
- In welcher Gesamthöhe entstehen schätzungsweise Kosten für die Pflegeversicherung, wenn für Pflegepersonen während eines Urlaubsanspruchs in Anlehnung an das Bundesurlaubsgesetz sowie im Krankheitsfalle Rentenversicherungsbeiträge durch die Pflegeversicherung abgeführt würden?
12. Abgeordneter
**Peter
Dreßen**
(SPD)
- In welchem Umfang werden nach Informationen der Bundesregierung Arbeitsplätze im Bereich von Fortbildung und Umschulung durch die zurückhaltende Bewilligungspraxis der Arbeitsämter im Kontext des von der Bundesregierung durchgesetzten Haushalts 1997 der Bundesanstalt für Arbeit verlorengehen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

13. Abgeordneter
**Dr. Hansjörg
Schäfer**
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zu Berichten, daß Bundeswehrsoldaten zunehmend logistische Tätigkeiten bei der amerikanischen Dienststelle 21st TAACOM in Kaiserslautern verrichten, die nicht zum Aufgabenbereich der Bundeswehr gehören und normalerweise von ortsansässigen Zivilbeschäftigten durchgeführt werden sollten?
14. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)
- Sind Informationen zutreffend, wonach der Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Dr. Peter Wichert, den Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Willmann, abgemahnt hat, weil ein in Bosnien stationiertes Bataillon, das dem Inspekteur untersteht, von seiner Heimatgarnison Pakete mit Lebensmitteln und Tageszeitungen erhalten hat?

- | | |
|--|---|
| 15. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß es sich hierbei um eine sog. Vorteilsnahme handeln soll, die zu der Abmahnung des Inspektors des Heeres führte? |
|--|---|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

- | | |
|---|--|
| 16. Abgeordneter
Wolfgang Behrendt
(SPD) | Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Gutachten von Vieregg-Rössler-Bohm, das der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland zum Energieverbrauch der Magnetschwebebahn in Auftrag gegeben hat und zu dem Ergebnis kommt, daß der Einsatz der Magnetschwebebahn zwischen Berlin und Hamburg dreimal so viel Energie verbrauchen wird wie die Bahn heute, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Jahresausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid durch den hohen Energieverbrauch der Magnetschwebebahn angesichts der eigenen CO ₂ -Minderungsziele nicht zu rechtfertigen ist? |
| 17. Abgeordneter
Dr. Winfried Wolf
(PDS) | Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung die rechtzeitige Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für den Bau der Eisenbahnlinie Wolgast Hafen und Wolgast Fähre unterlassen, wenn ihr – nach eigenem Bekunden – klar war, daß das Planfeststellungsverfahren für die Eisenbahnlinie wesentlich mehr Zeit in Anspruch nehmen würde als die Plangenehmigung für die Straßenbrücke im Zuge der B 111 und somit die gleichzeitige Inbetriebnahme nicht gewährleistet werden kann? |
| 18. Abgeordneter
Dr. Winfried Wolf
(PDS) | Kann die Bundesregierung als hundertprozentige Eigentümerin der Deutschen Bahn AG den Bericht des Bundesrechnungshofs vom 21. Januar 1997 bestätigen, wonach die positiven Bilanzen der Deutschen Bahn AG für die Jahre 1994 und 1995 allein durch im Vergleich zu vorausgegangenen Bilanzen der Deutschen Bundesbahn veränderte Berechnungsgrundlagen zustande gekommen seien, und wie reagiert die Bundesregierung im Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG insbesondere auf die Aussage des Bundesrechnungshofs, wonach das Ergebnis der Deutschen Bahn AG bei vergleichbaren Berechnungsgrundlagen wie vor Gründung der Deutschen Bahn AG allein im Jahr 1995 noch um 650 Mio. DM hinter dem Ergebnis von 1993 zurückgeblieben sei? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

19. Abgeordnete
**Ursula
Schönberger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz erstellten Gutachten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) über die „Stand sicherheit von Hohlräumen und Schächten des Endlagers für radioaktive Abfälle (ERA) Morsleben“, das zu dem Ergebnis kommt, daß die Integrität der Salzgesteinsbarriere zwischen abbaubedingten Hohlräumen und dem Salzspiegel nicht gewährleistet ist?
20. Abgeordnete
**Ursula
Schönberger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit aus der Studie „ERA Morsleben: Verfüllen und Verschließen des Grubengebäudes und der Schächte, Stillegungskonzepte für die Nachbetriebsphase“, die lt. Bericht von Kennzeichen D vom 5. März 1997 so viele Fragen aufwirft, daß man sich aus heutiger Sicht nicht sicher sein kann, daß ein zuverlässiger Abschluß des Bergwerks gelingt?
21. Abgeordnete
**Steffi
Lemke**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann ist mit der Überstellung der im Kennzeichen-D-Bericht vom 5. März 1997 bekanntgegebenen Informationen über die Stand sicherheit des Endlagers Morsleben an die Genehmigungsbehörde zu rechnen?
22. Abgeordnete
**Steffi
Lemke**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es im Rahmen der bisherigen Untersuchungen zum Planfeststellungsverfahren Morsleben Erkenntnisse, die über den Stand der im Kennzeichen-D-Bericht vom 5. März 1997 bekanntgegebenen Informationen hinausgehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

23. Abgeordneter
**Klaus-Jürgen
Warnick**
(PDS)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, um wie bereits mehrfach zugesagt kurzfristig bzw. zum 1. Juli 1997 eine Wohngeldnovelle (verbunden mit der überfälligen Anpassung des Wohngeldes in den westlichen Bundesländern) wirksam werden zu lassen?

- | | |
|--|--|
| 24. Abgeordneter
Klaus-Jürgen Warnick
(PDS) | Wie hoch ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung gegenwärtig die bei den mit der Verwaltung von restitutionsbelasteten Wohnungen in Ostdeutschland beauftragten Unternehmen (Verfügungsberechtigte) aufgelaufene und „eingefrorene“ Summe aller Mietzahlungen, welche den Alteigentümern nach bestandskräftig erfolgter Rückübertragung zustehen würde? |
| 25. Abgeordnete
Gabriele Iwersen
(SPD) | Ist der Bundesregierung die existenzgefährdende Wirkung bekannt, die der Erlaßentwurf des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zur Vergabe von Planungs- und Bauleistungen auf die mittelständische Bauwirtschaft, insbesondere der gewerbeorientierten Handwerksbetriebe, und den Freien Berufsstand mit seinen Architekten- und Ingenieurbüros haben wird? |
| 26. Abgeordnete
Gabriele Iwersen
(SPD) | Wie kann die Bundesregierung diesen Erlaß mit der anerkannt wichtigen Förderung des Mittelstandes und der Selbständigen vereinbaren? |

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

- | | |
|--|---|
| 27. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU) | Welche konkreten Belege gibt es für die Behauptung der Bundesregierung, wonach der Abschluß des Zwei-Plus-Vier-Vertrages und die Wiedervereinigung nur durch eine Festlegung der Unumkehrbarkeit der in den Jahren 1945 bis 1949 durchgeführten Enteignungen möglich gewesen sein soll? |
| 28. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU) | Welche konkreten Maßnahmen hinsichtlich der Pflege deutscher Kriegsgräberstätten in Moldawien sind seit Inkrafttreten des „Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Moldau über die deutschen Kriegsgräber in der Republik Moldau“ bis jetzt ergriffen worden, und welche Vorhaben sind für die nächste Zeit ins Auge gefaßt? |

29. Abgeordnete
**Angelika
Graf
(Rosenheim)
(SPD)**
- Welche Vorbereitungen haben die bosnischen Behörden nach Kenntnis der Bundesregierung getroffen, um aus Deutschland abgeschobene Personen aufzunehmen, und welche Vorbereitungen haben sie getroffen, um Rückkehrer, die nach Erteilung einer Abschiebeandrohung nach Bosnien-Herzegowina zurückkehren und dort über keine Unterkunft verfügen, nach der Ankunft längerfristig unterzubringen?
30. Abgeordneter
**Freimut
Duve
(SPD)**
- Welche Projekte zur Unterstützung der Rückkehr nach Bosnien-Herzegowina auf EU-, Bundes-, Länder- und Gemeindeebene sind der Bundesregierung bekannt, und wie ist der Stand der Umsetzung?
31. Abgeordneter
**Volker
Neumann
(Bramsche)
(SPD)**
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über das Ausmaß von Zwangsarbeit in Burma vor, und wie lauten die Ergebnisse und Empfehlungen der Untersuchung der EU-Kommission über Verstöße Burmas gegen die Genfer Übereinkommen vom 25. September 1926 und vom 7. November 1956 und die Übereinkommen Nr. 29 und Nr. 105 der Internationalen Arbeitsorganisation?
32. Abgeordneter
**Volker
Neumann
(Bramsche)
(SPD)**
- Wird sich die Bundesregierung beim Treffen des EU-Ministerrates am 24. März 1997 dafür aussprechen, daß Burma die nach dem Allgemeinen Präferenzsystem der Europäischen Union gewährten Zollpräferenzen wegen des Einsatzes von Zwangsarbeit entzogen werden, und falls nein, welche Gründe sprechen für die Bundesregierung dagegen?
33. Abgeordneter
**Hans
Wallow
(SPD)**
- Welche Arbeitsbilanz kann der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Helmut Schäfer, in seiner Funktion als Beauftragter der Bundesregierung für humanitäre Hilfe und Menschenrechtsfragen bislang vorweisen, und warum ist der „Koordinierungsausschuß Humanitäre Hilfe“ bzw. der in akuten Krisenfällen im Auswärtigen Amt eingesetzte „Krisenstab“ mit keinerlei sektoralen fachlichen bzw. operativen Funktionen ausgestattet?
34. Abgeordneter
**Hans
Wallow
(SPD)**
- Welche Überlegungen zur zukünftigen Rolle der Bundeswehr bei rein humanitären Einsätzen im Ausland verfolgt die Bundesregierung, und trifft es zu, daß solche Einsätze der Bundeswehr überwiegend aus Haushaltsmitteln des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bezahlt werden?

35. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)
- Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung bisher zur bilateralen Hilfe für Bulgarien in der gegenwärtigen Versorgungskrise wahrgenommen, und welche weiteren Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die akute Notlage in diesem europäischen Assoziationsstaat zu entschärfen?
36. Abgeordneter
Josef Vosen
(SPD)
- Welche Aufgaben nehmen die offiziellen Beauftragten für die Flüchtlinge aus dem deutschsprachigen Raum im Büro des Hohen Repräsentanten Carl Bildt in Sarajevo, das deutsche Beratungsbüro für rückkehrfördernde Maßnahmen in Sarajevo und die von den Innenministern entsandten Berater an der deutschen Botschaft in Sarajevo wahr, und wie sehen diese Aufgaben aus?
37. Abgeordneter
Dr. Hansjörg Schäfer
(SPD)
- Was ist der Inhalt des Schreibens der amerikanischen Dienststellen zu dem Thema GSA (General Services Administration), das Staatsminister Dr. Werner Hoyer während der Fragestunde am 12. März 1997 bei der Beantwortung der Frage 38 angesprochen hat?
38. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Inwieweit unterstützt die Bundesregierung – auch über ihre Präsenz im Europäischen Rat – den Ausbau der SAARC-Wirtschaftszone (South Asian Association for Regional Cooperation), die über gemeinsame wirtschaftliche Interessen und Verflechtungen eine friedensstiftende Annäherung bewirken und dadurch den Konflikt der beiden potentiellen Atommächte Pakistan und Indien um Kashmir entschärfen könnte?
39. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um die US-Streitkräfte davon abzuhalten, Dienstleistungen, die bisher von deutschen Arbeitnehmern erbracht werden, so zu privatisieren, daß sie in Zukunft von US-Firmen und US-Angehörigen erbracht werden?
40. Abgeordneter
Ludwig Stiegler
(SPD)
- In welcher Weise unterstützt die Bundesregierung die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den US-Streitkräften bei ihrem Kampf um die soziale Absicherung ihrer Beschäftigung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

41. Abgeordnete
**Angelika
Graf
(Rosenheim)
(SPD)**
- Wie schätzt die Bundesregierung mit Blick auf die gängige Rückführungspraxis, insbesondere durch das Bundesland Bayern, den Bericht des Auswärtigen Amts vom 30. Januar 1997 und die Warnungen des UNHCR vom Dezember 1996 ein, woraus sich ergibt, daß ethnisch gemischte Familien und Deserteure aus bestimmten Teilgebieten nahezu nirgends in Bosnien sicher sind, und warum werden für bosnische Flüchtlinge, die zu dem oben genannten Personenkreis gehören, keine neuen Duldungen ausgestellt?
42. Abgeordneter
**Gernot
Erler
(SPD)**
- In welcher Weise erhöht der Beschluß der bulgarischen Übergangsregierung vom 6. März 1997, die Visumspflicht für EU-Mitglieder abzuschaffen und die Grenzkontrollen für Reisende aus Nicht-EU-Staaten zu verstärken, die Chancen der Republik Bulgarien, aus der sog. „Schwarzen Liste“ der Schengen-Staaten gestrichen zu werden, und in welcher Weise wird die Bundesregierung Bulgarien bei diesem wichtigen Ziel unterstützen?
43. Abgeordnete
**Heide
Mattischek
(SPD)**
- Erhalten bosnische Flüchtlinge, die im Rahmen von Kontingenten oder als ehemalige Insassen von Straflagern in Deutschland aufgenommen wurden, Ausreiseaufforderungen und Abschiedsbedrohungen, und wenn ja, welche Regelungen gibt es für vergewaltigte Frauen?
44. Abgeordnete
**Heide
Mattischek
(SPD)**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß ehemalige inhaftierte, vergewaltigte Frauen und andere Opfer schwerster Menschenrechtsverletzungen in allen Aufnahmeländern der EU ein dauerhaftes Bleiberecht genießen, und wie ist die Haltung der Bundesregierung zu einer dauerhaften Aufenthaltsregelung für diesen Personenkreis in Deutschland?

45. Abgeordneter
Freimut Duve
(SPD)
- In welchem Umfang ist bisher eine freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen aus Deutschland nach Bosnien-Herzegowina erfolgt, und in welcher Weise fördert die Bundesregierung die freiwillige Rückkehr?
46. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft der Bericht der ARD („Gesucht wird“ vom 12. März 1997) zu, daß der aktuell mit deutschem Haftbefehl gesuchte Helmut Groebe unbehelligt in Nord Miami Beach ein Lokal betreibt, sowie als V-Mann auch von der US-amerikanischen Drogenpolizei DEA beschäftigt werde, weil deren Fragen nach Vorstrafen, verbüßter Haft und Integritätsbedenken gegen Groebe vom Bundeskriminalamt wider besseren Wissens verneint worden seien, und wie bewertet die Bundesregierung – auch hinsichtlich einer möglichen Strafvereitelung im Amt – den Umstand, daß das Bundeskriminalamt trotz des mit dieser Anfrage verbundenen Hinweises auf Groebe's Auslandsaufenthalt daraufhin offenbar keinen internationalen Haftbefehl nebst entsprechenden Rechtshilfeersuchen veranlaßt hat, um ihren ehemaligen V-Mann in Miami festnehmen zu lassen?
47. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft der Bericht der ARD („Gesucht wird“ vom 12. März 1997) zu, daß Helmut Groebe 1992 in München und Frankfurt 23 Kilo Kokain, die er zuvor offenbar bei der DEA entwendet hatte, im Auftrag des von dieser Herkunft wissenden Bundeskriminalamts (BKA) zum Verkauf anbot, und daß Groebe nach der prompten Beschlagnahme des Stoffs bei den Käufern pro Kilo 4000 DM Honorar vom BKA erhielt, und inwiefern beruht der Umstand, daß das BKA entgegen seiner presserechtlichen Auskunftspflichtung dem Autor des ARD-Berichts die erbetene Stellungnahme verweigerte, darauf, daß dieser Journalist nicht zum Kreis der vom BKA bevorzugten „Vertrauensjournalisten“ gehört?
48. Abgeordneter
Josef Vosen
(SPD)
- Was tut die Bundesregierung, um für die Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland einen Leitfaden für das praktische Vorgehen bei der „Flüchtlingsrückführung“ zu erstellen, und wo könnte ein solcher Leitfaden angefordert werden?
49. Abgeordneter
Dietmar Schlee
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen zur Reduzierung der Personalkosten im öffentlichen Dienst hat die Bundesregierung seit 1990 getroffen, und kann sie die dadurch erzielten Einsparungen beziffern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

50. Abgeordnete
**Heidemarie
Lüth**
(PDS)
- Ist es richtig, daß die Förderung kinderreicher und junger Familien nicht zu den als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecken gehört, und deshalb Spenden, die für diesen Zweck bestimmt sind, keine Spenden im Sinne des § 10b des Einkommensteuergesetzes und des § 9 (3) des Körperschaftssteuergesetzes sind?
51. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)
- Warum tabuisiert die Bundesregierung die Möglichkeit einer Verschiebung der Europäischen Währungsunion, obwohl die Bundesregierung immer wieder selber darauf hingewiesen hat, daß eine strikte Einhaltung der Konvergenzkriterien absoluten Vorrang habe vor der Einhaltung des vorgesehenen Zeitplans?
52. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung das Projekt der europäischen Währungsunion vor dem Hintergrund des von französischer Seite als Gegengewicht zur Europäischen Zentralbank geforderten Stabilitätsrates, der die im Maastrichter Vertrag der Europäischen Zentralbank zugesicherte Unabhängigkeit in Frage stellen würde?

Bonn, den 14. März 1997

